

Der Stadtrat und die Abwassergebühren

Ob die Berechnungsmethode der Abwassergebühren in der Stadt Bülach korrekt ist, entscheidet in letzter Instanz die Zürcher Regierung. Der Stadtrat Bülach ist nicht bereit, den Entscheid des Bezirksrates zu akzeptieren. In der Medienmitteilung bekräftigt der Bülacher Stadtrat seine Absicht, die Strategie der Expansion, Investitionen und geplanten Sanierungen durchzusetzen.

Stadträtin Guyer macht auch in ihrem dritten Interview gegenüber der Presse keinen Hehl daraus, dass das Geld auszugeben sei, welches vorhanden ist - basta. Sparprogramme, Kostensenkungsmassnahmen, Aufgabenverzicht, neue Gebührenmodelle wie auch der anständige Umgang mit Gebühren, die jeden einzelnen Verbraucher und Konsumenten treffen, interessiert den Stadtrat offenbar nicht. Für den Verbraucher und Konsumenten ist es natürlich schwierig zu prüfen, ob Gebühren im Abwasserbereich verprasst werden. Die Abwasserinfrastruktur befindet sich nämlich einerseits verborgen im Boden und andererseits partizipiert Bülach mit der ARA Furt an einem überregionalen Projekt.

Sollte die Zürcher Regierung in letzter Instanz dem Stadtrat trotzdem Recht geben, dann bleibt den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt nur noch die Annahme der Volksinitiative „Gebührentransparenz“ übrig, um inskünftig Gebührenbezug auf Vorrat zu verhindern. Werden nach einer Annahme dieser Initiative die vom Volk gewählten Vertreterinnen und Vertreter über die Höhe dieser Gebühren befinden, kann man davon ausgehen, dass die Gebühren rücksichtsvoll bemessen werden.

Stellen Sie sich mal vor, was für Auswirkungen es hätte, wenn in Bülach der Stadtrat und im Kanton Zürich die Regierung den Steuerfuss zu beschliessen würde!

Claudio Schmid, Bülach